



„Nichtstuer, Schieber, Korrupteure“

Von Eberhard Rondholz

Das aktuelle Griechen-Bashing greift auf nationalsozialistische Stereotype zurück.

**DOSSIER:
DIE GRIECHENLAND-
KRISE**

Im August 2000 sprach die damalige Regierung Simitis von griechischen Rückzahlungsforderungen aus der Zwangsanleihe in Höhe von 3,5 Milliarden Dollar, bis dahin fällige Zinsen nicht mitgerechnet.

Nach Abschluß des »Unternehmens Marita« – so nannte die Wehrmacht den deutschen Überfall auf Griechenland im April 1941 – war der »Führer« des Lobes voll über die besiegten Griechen und ihre sowohl an der Albanienfront (Sieg über Mussolinis Schwarzhemden) als auch an der Metaxaslinie gezeigten kriegerischen Tugenden – sie hätten »wie die Helden des alten Hellas gekämpft«, ließ er seinen Lieblingsbildhauer Arno Breker und dessen (griechische) Frau bei einem Besuch auf dem Obersalzberg im April 1941 wissen.

Daß der gescheiterte Kunstmaler Hitler eine ausgesprochene Schwäche für die griechische Klassik (deshalb auch für den epigonalen Bombast des Kitschiers Breker und seine monströsen Statuen) hatte, war bekannt. Nicht zufällig gehörte zu den ersten das besiegte Griechenland betreffenden Amtshandlungen des »Führers« die Wiederaufnahme der Grabungsarbeiten des Deutschen Archäologischen Instituts im antiken Olympia. Und Hitler bezahlte die Grabungen noch dazu im wesentlichen aus seiner (dank der Tantiemen für *Mein Kampf* prallgefüllten) Privatschatulle. Die Oberaufsicht über die Grabungen wurde SS-Sturmbannführer Hans Schleif anvertraut; er wurde dafür von einem leitenden Posten im »Generalgouvernement« abgezogen, so wichtig war das dem Philhellenen Hitler.

Doch als sich in den griechischen Bergen und vor allem auf Kreta Widerstand gegen die NS-Besatzer regte, ließ Hitlers Griechenlandliebe nach, und er machte sich die Rassetheorien seines Chefideologen Alfred Rosenberg zu eigen: Auf ewig habe der Hellene die Erde verlassen, predigte der, »und mit ihm jene herrlichste Rassenseele, die einst die Pallas Athene und den Apoll erschuf«, weil »die vielfache Übermacht des Vorderasientums Hellas vergiftete und anstelle des Griechen den schwächlichen Levantiner zeugte, der mit dem Griechen nur den Namen gemein hat«. Die griechische Rasse sei zugrunde gegangen in den »aufgewühlten Schlammfluten der Mischlinge Asiens und Afrikas«.

So wurden die eben noch umschmeichelten Griechen vom Führer alsbald den slawischen Untermenschen« gleichgestellt, und sie wurden auch so behandelt. Das hieß: Der für die Slawen gedachte Mordbefehl, in dem der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Wilhelm Keitel, angeordnet hatte, für jeden erschossenen deutschen Soldaten 100 und für jeden Verwundeten 50

Geiseln zu erschießen, galt nun auch in Griechenland.

Die Wehrmachtsgeneralität ließ sich das nicht zweimal sagen. Rosenbergs Rassetheoreme fanden Eingang in die Handreichungen für die Truppe, und der auf der Peloponnes stationierte General von le Suire tat sich als Musterschüler hervor: Griechenland wird für ihn zum »Land der Nichtstuer, Schieber und Korrupteure«; die Griechen sind für ihn ein »Sauvolk«, mit dem es keine Freundschaft geben könne. Er beließ es nicht bei solchen Invektiven: Nach einem für eine seiner Kompanien tödlich ausgegangenen Gefecht mit Partisanen ließ er die peloponnesische Kleinstadt Kalavryta bis auf die Grundmauern niederbrennen und die gesamte männliche Bevölkerung ab dem 13. Lebensjahr mit Maschinengewehren massakrieren. Ein Gemetzel von weit über hundert vergleichbaren und schlimmeren, die die Wehrmacht überall im Land verübte, während auf dem deutschen Grabungshaus von Olympia die Swastika wehte und SS-Gruppenführer Schleif im Führerauftrag nach antiken Schätzen buddeln ließ.

Nicht einer der für die (»Sühnemaßnahmen« genannten) Massaker Verantwortlichen wurde in der BRD je vor Gericht gestellt – eine weitestgehend renazifizierte Nachkriegsjustiz gewährte durchgängig Täterschutz. Ja, ein Bochumer Staatsanwalt ging so weit, das Massaker von Kalavryta im Einstellungsbeschuß zu einem Ermittlungsverfahren als »notwendig« zu rechtfertigen, während ein (zuvor bei der Wehrmacht in Griechenland tätiger) NS-Historiker namens Stadtmüller noch in den fünfziger Jahren an der Münchener Universität seine Theorien von der völkischen Entartung der Neugriechen verbreitete.

All dies sei hier erwähnt, weil sich im Land der Täter fast niemand mehr daran erinnert, anders als im Land der Opfer. Daß man dort wütend reagiert auf das aktuelle deutsche Griechen-Bashing, hat vor allem etwas zu tun mit den Haßtiraden eines Münchener Wochenmagazins (»Fakten, Fakten, Fakten«), dessen Chef vom Dienst und Ressortleiter Ausland sich, so liest sich das, in einer Titelstory (Heft 8/10) offenbar von den Rassetheoremen der Rosenberg und Stadtmüller hat inspirieren lassen. Zu jung wahrscheinlich, um Stadtmüllers Münchener Vorlesungen noch gehört zu haben, in jedem Fall zu vorsichtig, sich auf den Altnazi zu beziehen, machte er sich die Erkenntnisse eines noch älteren Rassenkundlers namens Fallmerayer zu eigen, der die Rosenberg-Thesen bereits ein Jahrhundert früher vorformuliert hatte: »Das Geschlecht der Hellenen ist in Europa ausgerottet ... Denn auch nicht ein

Dieser Artikel ist ein Nachdruck von der Zeitschrift »Konkret«, 4-2010



Tropfen edlen und ungemischten Hellenenblutes fließt in den Adern der christlichen Bevölkerung des heutigen Griechenlands.« Der »Focus« übernahm nicht nur (leicht paraphrasiert) dieses Stück früher Rassenkunde, er eignete sich auch ganz sinngemäß des Tirolers Fallmerayer Rede vom »entarteten Geschlecht« jener »slawischen Unhold« an, »die im fünften und sechsten Jahrhundert über das byzantinische Reich hereinbrachen und die hellenische Nationalität mit Stumpf und Stiel ausroteten«.

Will sagen: Auch für das Münchener Magazin sind die blutsmäßig herunterslawisierten Griechen von heute minderwertig, gemessen am edlen Blut der antiken Hellenen. Daß der Autor der Titelgeschichte, ein bekennender Oswald-Spengler-Fan, sich Rassentheorien wie diesen anschließt – wen wundert's. Eher irritiert, wenn nun auch die bürgerlich-behäßige »Zeit« den Rassekundler aus Tirol, in ebendem graecophoben Zusammenhang, aus der Mottenkiste holt und ihn wegen seiner Abgeordnetenzzeit in der Frankfurter Paulskirche (wo er übrigens nie das Wort ergriff) zum aufrechten Demokraten veredelt. Doch nicht um den, auch nicht um den verdienten Geographen ist es in der Regel den neuen Fallmerayer-Fans zu tun, sondern um den slawophoben Haßprediger, für den die Russen »Ableger des halbbarbarischen Mongolentums« sind, denen er eine »Versumpfung und Verthierung des menschlichen Geschlechts« attestierte. Von da bis zum »blutsmäßig« zum Slawen heruntergemendelten Griechen ist es dann nicht mehr weit.

Werden die Blut-und-Boden-Theoreme des Johann Jakob Fallmerayer in der Wissenschaft mit spitzen Fingern angefaßt, so sind sie offenbar wieder gut genug für die aktuelle Kampagne gegen die Griechen, die angesagt ist, um von den Hauptschuldigen für die Euro-Misere abzulenken. Da legt man dann schon mal die Kohlenzange weg. Was die Griechen indes noch mehr erboste als der Griff in die Fallmerayer-Mottenkiste, war die Titelmontage des (danach in Athen nur noch »fuck us« genannten) Magazins: eine Venus von Milo mit anmontiertem Stinkefinger. Die Neuhellenen revanchierten sich, was nahe-

lag, mit einem der Viktoria (»Goldelse«) auf der Berliner Siegessäule an die Hand gegebenen Hakenkreuz – so zu sehen auf dem Titelblatt der Zeitung »Eleftheros Typos«. Nahe lag in Athen dann auch, im Zusammenhang mit den aktuellen griechischen Staatsschulden, für die angeblich der deutsche Steuerzahler aufkommen müsse (»Berlin trägt Euros nach Athen«, titelte wider besseres Wissen die »Financial Times Deutschland«), an ganz andere, in Griechenland nicht vergessene Schulden der Gegenseite zu erinnern. Nicht nur wurden an die auf der Pariser Reparationskonferenz (November/Dezember 1945) auf bescheidene 7,1 Milliarden US-Dollar bezifferten Kriegsschäden nie bezahlt. Auch die dabei nicht berücksichtigte, dem besetzten Griechenland im März 1942 von den Deutschen aufoktrozierte Zwangsanleihe nicht, die in Art und Umfang in eklatantem Widerspruch zur Haager Landkriegsordnung stand, ebenso wie die gesamte Ausplünderung des Landes, bei der nach Görings an die Besatzungsbehörden gerichteten Befehl vom August 1942 verfahren wurde: »Sie sind weiß Gott nicht hingeschickt, um für das Wohl und Wehe der Ihnen anvertrauten Völker zu arbeiten, sondern das Äußerste herauszuholen, damit das deutsche Volk leben kann ... Es ist mir dabei gleichgültig, ob Sie sagen, daß Ihre Leute wegen Hunger umfallen.«

In Griechenland fielen die Leute im Hungerwinter 1941/42 zu Hunderttausenden um. Was die Höhe der im Rahmen der Zwangsanleihe erhobenen Beträge angeht, so ist sie noch heute umstritten, sie war es auch schon damals zwischen den deutschen Dienststellen. In einem Bericht aus der Wirtschaftsabteilung der Dienststelle Athen des Sonderbevollmächtigten Südost aus dem Jahr 1944 werden die seit 1941 angefallenen Beträge auf 786,5 Millionen Reichsmark beziffert (nach heutiger Kaufkraft rund vier Milliarden Euro, eine Summe, die in etwa dem entspricht, was die Regierung Papandreou unterm Druck Deutsch-Europas nun durch Steuererhöhungen und Lohnkürzungen der Bevölkerung abpressen will). Bei der Deutschen Reichshauptkasse werden allein die bis Ende 1943 angefallenen Besatzungskosten auf 3,8 Milliarden

Begliche der Rechtsnachfolger des »Dritten Reiches« heute auch nur die angefallenen Zinsen für die bis heute gestundeten Schulden aus der Besatzungszeit, Griechenland hätte keine Probleme mehr mit den Maastricht-Kriterien.

»



„Nichtstuer...“

**DOSSIER:
DIE GRIECHENLAND-
KRISE**

Reichsmark geschätzt, nach Abzug der bei den in der Bank von Griechenland eingerichteten Sonderkonten vom Deutschen Reich eingezahlten Tilgungen. Im August 2000 sprach die damalige Regierung Simitis von griechischen Rückzahlungsforderungen aus der Zwangsanleihe in Höhe von 3,5 Milliarden Dollar, bis dahin fällige Zinsen nicht mitgerechnet. Zinsen, extrem hohe, zahlt heute allein das hochverschuldete Athen, auch an deutsche Banken. Begliche der Rechtsnachfolger des »Dritten Reiches« heute auch nur die angefallenen Zinsen für die bis heute gestundeten Schulden aus der Besatzungszeit, Griechenland hätte keine Probleme mehr mit den Maastricht-Kriterien.

Aus dem Auswärtigen Amt hört man im Zusammenhang mit den deutschen Schulden bei Griechenland seit den sechziger Jahren immer die gleiche Lüge: Man habe längst alles bezahlt und einvernehmlich mit den Griechen geregelt, und eine servile Presse betet's brav nach, auch dieser Tage wieder. Es ist tatsächlich eine bescheidene Abschlagszahlung an Griechenland geleistet worden – in Höhe von 115 Millionen DM, im Jahr 1960. Aber das war keine Kriegsentschädigung. Darauf bestand die deutsche Seite damals ausdrücklich, und sie mußte das, um keinen Präzedenzfall zu schaffen, der das für Deutschland so vorteilhafte Londoner Schuldenabkommen hätte ins Wanken bringen können. Für dieses Abkommen hatte der Bankier Hermann Josef Abs, »Arisierer« und Adenauer Intimus, 1953 einen Aufschub aller Reparationszahlungen bis zum Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland ausgehandelt, *ad calendas graecas*, wie sich die Deutschen damals sicher waren, bis zum St. Nimmerleinstag. Doch seit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 ist nach Ansicht der meisten Völkerrechtler alles wieder offen.

Die 1960 gezahlten 120 Millionen waren laut Bonner Abkommen bestimmt für aus rassischen oder politischen Gründen Verfolgte, mit anderen Worten: eine Art Haftentschädigung für überlebende griechische KZ-Opfer, hauptsächlich Juden. Berechnungsgrundlage für diese (im Zusammenhang mit der Freipressung des in Athen zu 25 Jahren Haft verurteilten deutschen NS-Verbrechers Max Merten, siehe KONKRET 8/2000) angebotene »Haftentschädigung«: zweieinhalb Euro pro Häftling und Tag in der Lagerhölle, und die Zahl der Überlebenden von Auschwitz, Mauthausen und anderswo war, zum Glück für das Bonner Finanzministerium, im Falle Griechenlands sehr, sehr klein. Zugleich aber versuchte Bonn, den Griechen bei dieser Gelegenheit nicht nur einen Generalverzicht auf den

Strafanspruch der Opfer deutscher Kriegsverbrechen abzapfen (die »Endlösung der Kriegsverbrecherfrage«, wie man das geschmackvollerweise in einem internen Papier des Auswärtigen Amtes nannte). Die deutschen Verhandlungsführer versuchten auch, in einer unauffälligen Vertragsklausel versteckt, eine »Endlösung« der Reparationsfrage zu erreichen. Was aber mit dem damaligen griechischen Botschafter Prinz Ypsilantis nicht zu machen war, sehr zum Ärger seiner durchaus willigen Athener Vorgesetzten. Er ließ in das Vertragsprotokoll einen Passus aufnehmen, demzufolge die Reparationsfrage offenbleibe. Und das ist sie bis heute, nicht nur nach Ansicht der Griechen. Von denen sich viele, auch von der deutschen Börsen- und Banker-Bande weiterhin als *pigs* tituliert und von der deutschen Presse mit allerlei sonstigen Sottisen überschüttet, wieder an die Worte des Generals von Le Suire erinnern (»Es gibt keine Freundschaft mit diesem Sauvolk!«) und sich fragen, wer denn nun eigentlich das Sauvolk sei. ■

Eberhard Rondholz, Berlin

Die 1960 gezahlten 115 Millionen waren laut Bonner Abkommen bestimmt für aus rassischen oder politischen Gründen Verfolgte, mit anderen Worten: eine Art Haftentschädigung sollte es sein für überlebende griechische KZ-Opfer, hauptsächlich Juden.